

Keiner hat geholfen.

An alle Abgeordneten des Landtages Brandenburgs und an die Medien.

Abgeordneter:

Landtag Brandenburg - Petitionsausschuss 03.05.2017
Petition vom 16.02.2017, Pet.-Nr. 1622/6

Sehr geehrter Herr Zentgraf,

Der Petitionsausschuss des Landtages Brandenburg hat sich in seiner 39. Sitzung am 02.05.2017 mit Ihrer Petition befasst. **Der Ausschuss möchte zunächst mitteilen, dass er davon Abstand genommen hat, zu Ihrer Petition eine Stellungnahme von der Landesregierung - vom Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung oder vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur - einzuholen.**

Nach Auswertung der von Ihnen eingereichten Unterlagen ist der Ausschuss zu der Auffassung gelangt, **dass er oder auch die Landesregierung Ihnen mit den zur Verfügung stehenden Mittel nicht weiterhelfen kann.** Zum einem sprechen Sie zahlreiche Sachverhalte an, die die im Bundeseigentum stehende Deutsche Bahn AG betreffen. **Insoweit besteht keine Zuständigkeit von Landesbehörden oder aber des Petitionsausschusses des Landtages.** Zum anderen versteht der Petitionsausschuss Ihre Petition dahin gehend, dass Sie eine allgemeine Erörterung zu dem von Ihnen gesetzten Thema „Kulturlandschaft Eisenbahn“ wünschen. **Der Petitionsausschuss muss Ihnen mitteilen, dass dies nicht zu seinem von der Landesverfassung und dem Petitionsgesetz vorgegebenen Aufgaben zählt. Aufgabe des Ausschusses ist es, Maßnahmen und Entscheidungen von Behörden im Land Brandenburg zu überprüfen und gegebenenfalls auf Aufhebung oder Abänderung hinzuwirken.**

Da das Land Brandenburg im schienengebundenen Personenverkehr im Wesentlichen (nur) als Besteller im regionalen Bereich auftritt, befasst sich der Ausschuss selbstverständlich mit Petitionen zu Einzelproblemen im Zusammenhang mit dem regionalen schienengebundenen Personenverkehr. So hat sich der Ausschuss in der Vergangenheit mit Beschwerden über das Dienstleitungsverhalten der Auftragsnehmer, geplanten oder umgesetzten Veränderungen des Verkehrsangebotes oder aber auch mit baulichen Veränderungen an Bahnkreuzungen befasst. All diese Sachverhalte bearbeitet der Petitionsausschuss im Zusammenhang mit Einzelfällen und untersucht das konkrete Verwaltungshandeln. **Derartige Einzelfälle bringen Sie in Ihrer Petition allerdings nicht vor.** Sie beanstanden den gesamtgesellschaftlichen Umgang mit dem Thema Eisenbahn, ihrer Infrastruktur, ihrem Ihrer Auffassung nach zu niedrigen Stellenwert in der Gesellschaft etc. und wünschen sich eine Veränderung des allgemeinen Bewusstseins im Umgang mit dem Thema.

Der Ausschuss ist gerne bereit, sich mit einzelnen konkreten Beschwerden über eisenbahnbezogene Sachverhalte in seinem Zuständigkeitsbereich zu befassen. **Eine allgemeine Diskussion von gesellschaftlichen Einstellungen und deren möglichen Veränderungen kann im Rahmen eines Petitionsverfahrens nach Auffassung des Ausschusses nicht geführt werden. Er hat daher mit diesen Hinweisen die Behandlung Ihrer Petition abgeschlossen.**

Henryk Wichmann (Vorsitzender des Ausschuss / CDU)

Petition an den Landtag Brandenburg S. 722

Begründung der Petition - Gegen ein Sterben...	S. 8
1. Bericht: Friedhof der 1000 Bahnhöfe	S. 180
2. Bericht: Güterbahnhof	S. 218
3. Bericht: Sterben einer Kulturlandschaft	S. 232
Pirschheider Erklärungen - 20 Jahre Bahnreform	S. 1
Wiesenburger Erklärungen - Mensch/Bahnhof	S. 4
Joachimsth. Erklärungen - Grenzen überwinden	S. 4
Dannenw. Erklärungen - Geschichtsbewusstsein	S. 4
Information des Verlages	S. 1
Alternatives Statistisches Jahrbuch 2015	S. 11
Die Roten Hähne - Bahnhöfe Brandenburg	S. 9
Uckermark Bahnhofsgebäude 2012-2013 A3	S. 1
Dahme-Spreewald Bahnhof Brand Foto 1910	S. 1
2. Bericht 2015 - Güterbahnhof A3	S. 1
1838-2013 Bahn Brandenburg - Ausstellung	S. 1
Beispiele Anschlussgleis Brandenburg 2016 A3	S. 1
Bahnhof Wittstock - Fotografie 2012-2015 A3	S. 1
www.bahninbrandenburg.de Nr. 2 2012 - Erkner	S. 2
BB21 Nr. 50 30.11.13 - BB21 Nr. 32 26.07.13	S. 4
BB21 Nr. 45 07.11.14 - BB21 Nr. 72 02.05.14	S. 4
BB21 Nr. 19 13.05.16 - Firma McKinsey/DB	S. 2
BB21 Nr. 15 15.04.2016 - Die Brücke A3	S. 2
BB21 Nr. 16 22.04.16 - Ministerin Schneider	S. 2
Märkische Oderzeitung 31.10.16 - Konferenz	S. 1
Neues Deutschland 17.01.17 - Anschlussgleise	S. 1
ND 15.10.15 - Vom Güter- zum Geisterbahnhof	S. 1
BZ 13.10.15 - So verfallen die Bahnhöfe...	S. 1
MOZ 28.10.14 - Tod der Bahnhöfe	S. 1
Öffentlicher Raum / Menschenrechte (A4)	S. 2
Werbung und Bahn - Diskussion (A4)	S. 1
Anhörung Ausschuss Infrastruktur 12.11.15	S. 7
Konferenz: 20 Jahre Bahnreform Stuttgart 2014	S. 1
Anhörung Ausschuss Infrastruktur (Entwurf)	S. 4
E-Mail Antwort SPD 09.06.16 - Herr Herrmann	S. 1
Protokoll der Beratung BB21 / DB 17.05.16	S. 4
Brief an die Parteien - Joachimsth. Erklärungen	S. 1
Liste Übergabe der Wiesenburger Erklärungen	S. 1
Geschäftsordnung Bündnis BB21	S. 1

Die Antwort auf die Antwort

Möglichkeiten der Information zur Petition 1622/6 an den Landtag Brandenburg - 2017

ENOS (Erde-Nachhaltige optimierte Systeme) 14552 Michendorf, Grüner Weg 13

Stadt- und Landesbibliothek Potsdam: Bericht 1-3 (Zentgraf)

Internet: www.enos.eu und info@enos.eu

Petitionsausschuss Landtag Brandenburg

„Demokratie ist nicht vollkommen, aber ein lernfähiges System, das Vorbildcharakter hat.“ Joachim Gauck 2012

Es war für mich die erste Petition, die ich eingereicht habe. Als ich begann im Dezember 2016 diese Petition 1622/6 zu entwerfen und erste Sätze in den Computer eingegeben hatte, hatte ich ein Hochgefühl, diese Form der Demokratie einmal auszuprobieren. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich noch eine Hochachtung vor der Arbeit der Abgeordneten des Petitionsausschusses, als eine Form demokratischer Diskussionsmöglichkeiten mit dem Bürger (Wähler). Mir gingen Gedanken durch den Kopf, z.B. zur Demokratiegeschichte der Griechen oder zu Fragen der Menschenrechte, als Möglichkeit einer Diskussion in einer demokratisch geführten Gesellschaft.

Fünf Jahre (200.000 km Fahrt durch das Land Brandenburg, was in drei Berichten beschrieben wurde) intensiver Arbeit zur Entwicklung der Eisenbahn im Land Brandenburg an Hand konkreter *Sachverhalte* waren die Grundlage verschiedenster Dokumente, die der Öffentlichkeit übergeben wurden. Berichte, Ausstellungen, Zeitschriften, Flugblätter, Plakate usw. waren das Ergebnis einer politischen Auseinandersetzung zu den festgestellten *Tatsachen/Sachverhalten*.

Schritt für Schritt wurden verschiedene demokratische Mittel ausprobiert, um auf den Gesamtzusammenhang von verschiedenen *Sachverhalten* aufmerksam zu machen. Konferenzen, Pressegespräche, Auftritte im Ausschuss Infrastruktur, Gespräch mit leitenden Mitarbeitern der DB im Land Brandenburg, offener Brief, vier Erklärungen, Artikel in den Zeitungen, vier Fernsehbeiträge zu der Arbeit, drei Sachbücher seit 2014 waren das Ergebnis und immer noch kein Gespräch zu den aufgeworfenen Fragen einer Entwicklung der Infrastruktur Eisenbahn mit der Regierung. *Sachverhalte auf Sachverhalte* verlangen eine demokratische Diskussion und eine Lösung für verschiedene Problemfelder. Es wurden über hundert Aspekte/Schwerpunkte einer gesellschaftlichen Entwicklung der Infrastruktur Eisenbahn behandelt, die in den zuständigen Ministerien nicht die notwendige Aufmerksamkeit bekommen haben.

Mit dem Brief vom 03.05.2017, den ich am 04.05.2017 in den Händen hielt, stürzte für mich eine Welt zusammen. Ich verstand bestimmte Zusammenhänge nicht mehr. An diesem Tag sind drei Ergebnisse, die einen inneren Zusammenhang haben, aufgetreten. Ein Gespräch mit einem Journalisten im Landtag, die Teilnahme an der Ausschusssitzung zur Infrastruktur und die Abholung des Briefes des Petitionsausschusses zur Beantwortung der Petition 1622/6 an den Bürger, der die Petition eingereicht hat. Nach fünf Jahren kostenloser Arbeit erhielt ich ein Zeugnis: **Durchgefallen!**

Kommen wir auf den Brief des Petitionsausschusses zurück. Es geht nicht um ein persönliches Beleidigtsein eines Bürgers, sondern es geht um demokratische Umgangsformen und Inhalte. Machen wir es konkret.

1. Form eines Briefes an einen Bürger

Mir gehen einige Worte von Martin Schulz (SPD) vom 19.03.2017 durch den Kopf: „Die SPD ist wieder da! Wir sind wieder da! Das ist eine gute Nachricht für die Menschen im Land, in Deutschland. Das ist eine gute Nachricht für Deutschland, eine gute Nachricht für Europa und eine gute Nachricht für die Demokratie... Wer in diesem Land hart arbeitet – sei es als Selbstständiger oder als Arbeitnehmer oder als Arbeiternehmerin-, wer sich engagiert, wer für die Eltern oder für die Kinder da ist, wer sich in diesem Land abrackert und an die Regeln hält, der hat unseren Respekt verdient. Ich habe diesen Respekt vor der Lebensleistung der Menschen in unserem Land. Es ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die dafür sorgen muss, dass jeder einzelne Mensch, jedes Kind, jede Frau im Mittelpunkt unseres Denkens und im Mittelpunkt unseres Handelns stehen. Ich möchte, dass der einzelne Mensch Respekt bekommt.“ In der Grundschule habe ich gelernt, wie man einen Brief schreiben sollte. Eine Frage ist die Frage des Respekts vor dem, der einen Brief erhalten soll.

Was habe ich erhalten? Eine ganz kalte buchhalterische Abrechnung, was einem das Herz stillstehen lässt. Hinter jeden Satz steht Hochmut, Arroganz, Überheblichkeit und eine eiskalte Sprache. Noch nicht mal zu folgendem Satz hat man sich durchgerungen: Es tut uns leid, dass wir Ihnen nicht helfen konnten und möchten aber für Ihre weitere Arbeit viel Erfolg wünschen. Ihr Petitionsausschuss.

2. Hilfe an den, der die Petition geschrieben hat

Wie lautet der letzte Satz in dem Brief des Petitionsausschusses: „Er (Petitionsausschuss) hat daher mit diesen Hinweisen die Behandlung Ihrer Petition abgeschlossen.“ Wenn ich vom Finanzamt eine Steuerabrechnung erhalte, bekomme ich eine Vielzahl von Rechtshinweisen. Der Petitionsausschuss ist ein Organ des Landtages und wird getragen durch verschiedene demokratische Glieder. Dazu gehören Abgeordnete, Parteien, Ministerien, Ausschüsse und Fraktionen. Am Schluss des Briefes hätte ich mir gewünscht, dass der Petitionsausschuss auf die anderen demokratischen Möglichkeiten hinweist. Dafür folgten folgende Worte „...Petition abgeschlossen“. Das klingt wie: Geh uns nicht auf die Nerven. Es klingt wie: Lass uns mit der ganzen „Diskutiererei“ in Ruhe. Es klingt wie: Das ist eine rein subjektive Anschauung und hat keine kollektive Bedeutung für die Gesellschaft. Es klingt auch wie: Wir haben mit diesen 722 Seiten (Petition) nichts zu tun. Es sind nur philosophische Ansichten zur Welt. Dafür sind wir nicht zuständig.

3. Zum Inhalt des Briefes des Petitionsschusses

Ich möchte einige inhaltliche Hinweise in Bezug auf die eingereichte Petition behandeln. Von über tausend von *Sachverhalten* werden nur drei herausgezogen und besprochen. Es bezieht sich nur auf die Veröffentlichung innerhalb der Petition. Allein bei den Fällen (*Sachverhalten*) sind wir bei 100 Fällen angelangt und bisher sind nur 60 veröffentlicht worden. Im Brief hat der Petitionsausschuss folgende Feststellung getroffen: „So hat sich der Ausschuss in der Vergangenheit mit Beschwerden über das Dienstleitungsverhalten der Auftragsnehmer, geplanten oder umgesetzten Veränderungen des Verkehrsangebotes oder aber auch mit baulichen Veränderungen an Bahnkreuzungen befasst. All diese Sachverhalte bearbeitet der Petitionsausschuss im Zusammenhang mit Einzelfällen und untersucht das konkrete Verwaltungshandeln. Derartige Einzelfälle bringen Sie in Ihrer Petition allerdings nicht vor.“ Das verstehe ich nicht. Vielleicht reicht mein „Ost-Abitur“ nicht aus, um den Begriff „Einzelfall“ zu verstehen. Wir haben im Text und in der Darstellung der Fälle *Sachverhalte* in den Berichten und weiteren Dokumenten beschrieben. Vielleicht gibt es einen Unterschied zwischen den Wort Fall und Einzelfall. Den Unterschied sollten Sie mir erklären.

3.1. „Eine allgemeine Diskussion von gesellschaftlichen Einstellungen und deren möglichen Veränderungen kann im Rahmen eines Petitionsverfahrens nach Auffassung des Ausschusses nicht geführt werden.“, so steht es im Brief des Petitionsausschusses. Im gleichen Augenblick, als ich den Brief des Petitionsausschusses öffnete, saß ich im Ausschuss für Infrastruktur (04.05.2017 in der Zeit von 12:30 - 16:30 Uhr). Das Thema des Ausschusses lautete: Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung „Landesentwicklungsplan HR“. In der Anhörung traten zehn Gäste mit Diskussionsbeiträgen auf. In verschiedenen Beiträgen ist immer wieder der Begriff der Kulturlandschaft und ihre Entwicklung beschrieben worden. In diesen Momenten der Veranstaltung, als man über Kulturlandschaft eine allgemeine Diskussion durchführte, erklärte mir der Petitionsausschuss schriftlich: „Zum anderen versteht der Petitionsausschuss Ihre Petition dahin gehend, dass Sie eine allgemeine Erörterung zu dem von Ihnen gesetzten Thema „Kulturlandschaft Eisenbahn“ wünschen. Der Petitionsausschuss muss Ihnen mitteilen, dass dies nicht zu seinem von der Landesverfassung und dem Petitionsgesetz vorgegebenen Aufgaben zählt. Aufgabe des Ausschusses ist es, Maßnahmen und Entscheidungen von Behörden im Land Brandenburg zu überprüfen und gegebenenfalls auf Aufhebung oder Abänderung hinzuwirken.“ Also, der Petitionsausschuss sagt, die Landesregierung ist nicht für eine allgemeine Diskussion zum Thema „Kulturlandschaft“ zuständig und im gleichen Augenblick sitze ich einer Veranstaltung des Landtages (Ausschuss), wo genau das passiert, was der Petitionsausschuss mir verweigert hat. Der erweiterte Begriff der Kulturlandschaft der Eisenbahn ist im 3.

Bericht erläutert worden (Seite 14-39). Es ist seit 20 Jahren ein Begriff der UNESCO und wird zunehmend in der Wissenschaft angewandt. Also sind wir laut Petitionsausschuss gegen eine wissenschaftliche Diskussion in den Ministerien.

3.2. Nehmen wir ein zweites Beispiel aus der Petition - ein Bild (Seite 5 der Petition). Was steht als Unterschrift unter dem Bild: „Seit 2014 beobachte ich die Entwicklung der Spielautomaten in den Bahnhöfen. Diese Automaten stehen im Bahnhof in KWH. Der Abstand zu den Reisenden (auch für Kinder) beträgt nur wenige Zentimeter. Es gibt keine Kritik.“ Seit vier Jahren weise ich auf diese Tatsache (*Sachverhalt*) hin. Es geht um Kinderschutz und Jugendschutz. Nach dem Petitionsausschuss ist dies kein *Sachverhalt*, was zu einem notwendigen Handeln von staatlichen Stellen führen muss und damit ist es nicht in Verantwortung des Petitionsausschusses?

3.3. Bericht Nr. 3 (Seite 50-55): „Über 100.000 Eisenbahnschwellen liegen ungenutzt in der Umwelt im Land Brandenburg. Sie liegen aufgestapelt neben den Gleisbetten, sind noch im Boden vergraben, sind noch im Kiesbett ohne Schiene gelagert, sind in verschiedensten Ecken vergessen oder dem Verfall durch die Zeit überlassen worden. Ob Eisenbahnschwellen, Holzschwellen oder Betonschwellen, alle wurden gleichermaßen behandelt. Über 100.000 Tonnen Eisenbahnschotter blieb im Boden, obwohl die Schienen abgebaut und die Schwellen nicht mehr benutzt werden, nachdem der Bahnverkehr eingestellt und die Flächennutzung oft sich selbst überlassen wurde. Über 100 Quadratkilometer ehemalige Eisenbahnflächen sind einer Rekultivierung oder umweltschonender Nachnutzung entzogen, weil die notwendigen finanziellen Mittel nicht bereitgestellt wurden.“ Ist das auch kein Einzelfall im Bezug auf den Petitionsausschuss? Und ist es auch keine Aufgabe der entsprechenden staatlichen Stellen? Und hat es den Bürger des Landes Brandenburg zu interessieren? Es gibt ein Umweltinformationsgesetz und ein Auskunftsrecht des Bürgers. Dafür sind die Kreise zuständig. Da nach der Veröffentlichung des 3. Berichtes keine Reaktion erfolgte, war ich so blauäugig zu glauben, das macht jetzt mein Petitionsausschuss in Brandenburg. Wir haben es mit Bild und Beschreibung im 3. Bericht hinterlegt. Der Petitionsausschuss sagt, ich hätte keine nachweisbaren „Einzelfälle“ vorgelegt.

Der Petitionsausschuss hat einen Hinweis gegeben, dass sich in „... einzelnen konkreten Beschwerden über eisenbahnbezogene Sachverhalte in seinem Zuständigkeitsbereich (Petitionsausschuss) zu befassen.“ Die Art der Beantwortung der Petition ist nicht hinnehmbar. In einem Vortrag (SWR 30.04.2017 - Der Herbst der Demokratie) wird eine kritische Analyse vorgenommen. In Bezug auf die Petition 1622/6 kann man nur von einer Herbstnacht sprechen. Aus diesem Grund ist ein Projekt entstanden: Tausendundeine Nacht. Das Angebot zum Gespräch steht immer noch.

Maßnahme als Antwort des Briefes des Petitionsausschusses

1. Antwort auf die Antwort wird an alle Abgeordneten des Landestages Brandenburg und an die Medien gesandt.
2. Der Petitionsausschuss des Landes wird im Rahmen des Projektes „Tausendundeine Nacht“ 1001 Petitionen erhalten.
3. Im August 2017 wird eine Dokumentation „Zwölf Runden im politischen Boxkampf überstehen“ erscheinen.
4. In Erwartung eines Gespräches mit dem Landtag werden Bedingungen vom Petitions herausgeber festgelegt.
5. Öffentlichkeit, Diskussionsumfang, Diskussionsinhalte sind als demokratischer Prozess zu gestalten (Medien).

„Der Ausschuss ist gerne bereit, sich mit einzelnen konkreten Beschwerden über eisenbahnbezogene Sachverhalte in seinem Zuständigkeitsbereich zu befassen.“

„All diese Sachverhalte bearbeitet der Petitionsausschuss im Zusammenhang mit Einzelfällen und untersucht das konkrete Verwaltungshandeln. Derartige Einzelfälle bringen Sie in Ihrer Petition allerdings nicht vor.“

Was ist das, was wir in verschiedenen Sachverhalten dargelegt haben? Es sind Beispiele einer fünfjährigen Arbeit.

	Diskussionsbeiträge, Dokumentationen, Sachverhalte, Fälle	Dokument	Hinweise auf die Seiten
1	Menschenrechte und Mobilität	Bericht 1	29
2	Aspekte der Entwicklungen der Bahnhöfe	Bericht 1	13
3	Geschichte und Funktion von Bahnhöfen - 10 Thesen Dr. Wolf	Bericht 1	16
4	Volkswirtschaft und Betriebswirtschaft	Bericht 1 / 2	28 / 56-59
5	Leid der Kultur - Bahnhofskultur, Reisekultur, Sicherheitskultur usw.	Bericht 1 / 2.	30-39 / 34-43
6	Der öffentliche Raum und Funktionen / Kampf in Potsdam / Fall 053	Bericht 1 / 2 / 3	41 / 50-55 / 178 / 183
7	Servicekultur, Servicedienstleitungen, Servicedigitalisierung / Fall 032	Bericht 1 / 2	43 / 160-161
8	Regionale Wirtschaftskreisläufe	Bericht 1 / 3	46 / 64-143
9	Güterverkehr Eisenbahn / Fragen und Antworten Güterverkehr 2016	Bericht 1 / 2 / 3	46 / 14-15, 148-149 / 182
10	Der Bahnhof 2014 - Eine Bestandsaufnahme	Bericht 1	50-107
11	Fall 003: Bahnhof im Bild der DB 2014 - Service und Öffentlichkeit	Bericht 1	116-117
12	Fall 004: Spielhallen / Automaten in Bahnhöfen Land Brandenburg	Bericht 1 / 3	118-198 / 163
13	Fall 005: Überprüfung der 3S-Zentralen	Bericht 1	120-121
14	Fall 007: Bahnhof Flughafen Schönefeld / Fall 017: Schönefeld	Bericht 1 / 2	124-125 / 130-131
15	Fall 011: Friedhof der 1000 Bahnhöfe - Brandenburg	Bericht 1	132-133
16	Ein Beispiel für Zukunftsentwicklung - Hauptbahnhof Potsdam	Bericht 1	154-157
17	Demokratie und Parlamentarismus	Bericht 2	22-29
18	Gleisanschluss / Rolle der Gleisanschlüsse / Fall 044: GVZ	Bericht 2 / 3	48-49 / 40, 66-143, 175
19	Arbeit des Bündnisses „BB21 - Bahn in Brandenburg“ / Diskussion	Bericht 2 / 3	60-69 / 153-156, 194-209
20	Bestandsaufnahme der Güterbahnhöfe im Land Brandenburg	Bericht 2 / 3	70-117 / 66-143
21	Fall 013: Der große Streik 2014 - Erfahrungen Land Brandenburg	Bericht 2	122-123
22	Fall 014: Gutachten 2014 - Bündnis 90/Die Grünen	Bericht 2	124-125
23	Fall 015: Der Landtag - Eine Analyse: Infrastruktur 2009-2014	Bericht 2	126-127
24	Fall 025: Hauptbahnhof Potsdam - Vandalismus?	Bericht 2	146-147
25	Fall 029: Dr. Grube, die Bahn und ihre Bahnhöfe - Land Brandenburg	Bericht 2	154-155
26	Fall 031: Bahnhof Forst - Abriss und Verkauf	Bericht 2	158-159
27	Zukunft und die Alternativen	Bericht 2	192-197
28	Systemtheoretische Überlegungen	Bericht 3	4 u. 46-49
29	Kulturlandschaft der Eisenbahn am Beispiel des Landes Brandenburg	Bericht 3	14-39
30	Zerstörung der Umwelt und der Kulturlandschaft / Fall 034 Umwelt	Bericht 3	50-55 u. 165
31	Fall 036: VBB 2014-2014	Bericht 3	167
32	Fall 039: Ein Bahnhof als Bürgerinitiative - Raddusch	Bericht 3	171
33	Fall 042: Diskussion Bahnhofssanierung SPD / Fall 050: Immobilien	Bericht 3	173, 181
34	Fall 055: Der moderne Bahnsteig: Unmenschlichkeit	Bericht 3	186
35	Fall 056: Öffentliche Meinung / Öffentlichkeit	Bericht 3	187
36	Fall 057-058: Brandenburg - Mobilitätsstrategie 2030	Bericht 3	188-189
37	Fall 059: Bahnpost / Post	Bericht 3	190
38	Fall 060: Bundesverkehrswegeplan 2030	Bericht 3	191